

**ARMUT  
BEDROHT  
ALLE**

**AKTIONSWOCHE  
2021**

**SOZIALE  
AUSGRENZUNG  
DURCH CORONA  
VERMEIDEN**

**FOLGEN  
ÜBERWINDEN  
DEMOKRATIE  
STÄRKEN**

**18. bis 22. Oktober 2021**

**Pressemappe zur landesweiten  
Aktionswoche gegen Armut**

*Unterstützt durch das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration aus Mitteln des Landes Baden-Württemberg*

Weitere Infos unter  
[www.armut-bedroht-alle.de](http://www.armut-bedroht-alle.de)



# Inhaltsverzeichnis

<b>1. AGENDA – Pressekonferenz</b> .....	<b>2</b>
<b>2. PROGRAMM DER AKTIONSWOCHE 2021 in BADEN-WÜRTTEMBERG</b> .....	<b>3</b>
<b>3. READER ZUR AKTIONSWOCHE</b> .....	<b>4</b>
<b>4. THESENPAPIER</b> .....	<b>6</b>
<b>5. IMPULSE</b> .....	<b>8</b>
1. Roland Saurer.....	8
2. Anne Jeziorski .....	9
3. Michael Karmann.....	10
<b>6. KONTAKT</b> .....	<b>13</b>

## 1. AGENDA – Pressekonferenz

Ort: Bürger- und Medienzentrum des Landtags von Baden-Württemberg,  
Bertha-Benz-Saal, Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart

Termin: 18.11.2020 um 10:00 Uhr

Begrüßung durch die Sprecher der LAK

Impulse:

Roland Saurer LAK Netzwerk I

Anne Jeziorski LAK Netzwerk I

Heiner Heizmann LAK Netzwerk II (Schwerpunkt: Kinderarmut – Corona – Bildung)

Michael Karmann LAK Netzwerk II (Schwerpunkt: Gesundheit und Vorstellung des Programms der Aktionswoche)



## 2. PROGRAMM DER AKTIONSWOCHE 2021 in BADEN-WÜRTTEMBERG

Alle Termine der Aktionswoche unter: <http://www.armut-bedroht-alle.de/kalender>

### **Montag, 18.10.21, 10 Uhr Landespressekonferenz**

Landespressekonferenz in Stuttgart: Landtagsgebäude  
NW 1, Anne Jeziorski, Roland Saurer  
NW 2, Michael Karmann, Heiner Heizmann.

### **Dienstag, 19.10.21, 18 Uhr Vesperkirche St. Leonhard, Stuttgart: Literaturlesung**

Literaturlesung von Markus Ostermair, München aus dem Roman: „Der Sandler“  
Verleihung Gregor - Gog – Literaturpreis

### **Mittwoch, 20.10.21, 11 Uhr Vesperkirche St. Leonhard, Stuttgart: „Tag der Basis“**

- Gesprächskreis in der Vesperkirche St. Leonhard, Stuttgart (Chorraum) zu den Themen:  
Strassenliteratur am Beispiel von Markus Ostermair: Bedeutung, Wirkung, Literarische Einordnung vor dem Hintergrund der Vagabundenliteratur der 20 er Jahre
- Die Folgen der Pandemie: Doris Kölz: Pandemie und Digitalisierung, Heinz Pawliczek: Alltagsveränderungen durch die Pandemie, Mathias Becker: Pandemie und Gefährdung Sozialer Teilhabe
- Ernst Peter, Neue Arbeit: „Ach hätt' ich doch gewählt!“. Nachlese zur Bundestagswahl!  
Initiative # Von unten: Kooperation von Basisgruppen

### **Mittwoch, 20.10.21, 15 Uhr Sozialer Ratschlag am Marienbrunnen auf dem Rupert-Mayer-Platz vor der St. Maria-Kirche**

Wo stehen wir in der Mobilisierung von betroffenen Menschen, welche Inhalte werden in der Zukunft wichtig sein? Wer mischt da mit? Wer gehört dazu ins Boot? Welche Rolle spielt das Roger - Winterhalter - Menschenrechtsbüro?

### **Donnerstag, 21.10.2021, 11 Uhr Mahnwache an der Paulinenbrücke**

Mahnwache für die Opfer und die Toten der Coronapandemie  
Paulinenbrücke: Aktion zur Benennung in Friedensbrücke Stuttgart

### **Freitag, 22.10.2021, 10.30 Uhr, Landespolitisches Gespräch im Fresko**

Eingeladen sind die Vertreter der Landtagsparteien zu einem Rundgespräch. Damit setzen wir ein Format aus den vergangenen Jahren fort. Die Veranstaltung wird eröffnet durch drei Beiträge von Basisvertretern zur Pandemie. Dann treten wir in einen Austausch zur Charta zur Landtagswahl, zu den Erwartungen an eine Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“ des Landtags und zu dem geplanten Projekt: Ausbau und Förderung der politischen Bildung in Baden-Württemberg ein.

## 3. READER ZUR AKTIONSWOCHE

### **Beteiligen – Befähigen – Unterstützen**

#### **Digitalisierung und Bildung**

Krise als Chance bedeutet derzeit, das Gelegenheitsfenster, dass sich mit der Pandemie geöffnet hat, für den Kampf gegen Armut kurz- und langfristig zu nutzen.

Armut ist unmittelbar mit Teilhabe verbunden. Partizipation bedeutet im Wesentlichen, Teilhabe und Mitbestimmung als zentrale Kraft des gesellschaftlichen Miteinanders anzuerkennen. Es gilt, Betroffene zu Beteiligten zu machen und sie als Experten ihrer Lebenslagen anzusprechen. So kann nicht nur verhindert werden, an den Bedürfnissen und Bedingungen von Armut betroffener Menschen vorbeizuplanen, sondern auch die Demokratisierung der Gesellschaft insgesamt weiterentwickelt werden.

So können Kommunen Förderstrukturen zur Armutsprävention gemeinsam mit beteiligten Akteurinnen und Akteuren aus benachteiligten Stadtteilen/Sozialräumen erarbeiten; und der Bund und/oder das Land kann die digitale Ausstattung (Internetzugang) und die Befähigung zum Umgang mit der Technik fördern.

Digitale Angebote könnten unter Berücksichtigung des Gebots der Niederschwelligkeit, etwa durch den Gebrauch leichter Sprache, mithilfe von Apps zur Versendung von Unterlagen und einer einfachen und schnellen telefonischer Erreichbarkeit ausgebaut werden.

Insbesondere bei Neuzugewanderten müssen aufsuchende Angebote und Zugänge über Social Media durch sprachkundiges Personal ermöglicht werden.

Zentral ist der Ausbau des Angebots von Einrichtungen in den Quartieren: Familienzentren, Familienbüros, Jugendzentren, mehr „Streetworker“ und Quartiersarbeiter\*innen, die Entwicklung von Patenmodellen und die Gewinnung von Ehrenamtlichen aus den Milieus der Adressaten\*innen, was wiederum zu einem Zuwachs an Vertrauen bei den Adressaten\*in z.B. gegenüber Ämtern und Fachkräften führen kann.

Die Umkehr von „Abwärtsspiralen“ in benachteiligten Quartieren sowie die Bekämpfung von lokalen Armutslagen muss als selbstverständliche Daueraufgabe angenommen und umgesetzt werden. Ein erweiterter Bildungsbegriff kann die exkludierende Wirkung des tradierten Bildungsverständnisses überwinden. Die stärkere Verankerung eines weiten Bildungsbegriffes in der kommunalen Bildungsplanung würde es zukünftig auch in Ausnahmesituationen erlauben, Räume für neue Bildungsprozesse offenzuhalten, zu koordinieren, zu unterstützen und so eine weitgehende Aufrechterhaltung des „Bildungsbetriebs“ zu ermöglichen.

#### **Arbeit**

Die Pandemie hat massive Auswirkungen auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt. Dem hat die Politik verschiedene konjunkturelle, arbeits- und sozialpolitische Maßnahmen entgegengestellt. Insbesondere die Kurzarbeit wurde in nie gekanntem Ausmaß in Anspruch genommen und hat ohne Zweifel in vielen Fällen Arbeitslosigkeit verhindert. Die Folgen der Krise sind auch auf dem Arbeitsmarkt deutlich erkennbar und sie treffen vor allem Menschen in Armutslagen. So sind seit Beginn der Krise trotz der politischen Maßnahmen Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung massiv angestiegen. Besonders betroffen sind Menschen, die vor der Krise prekär beschäftigt waren und dann diese Jobs verloren; sei es im Niedriglohnbereich, in Leiharbeit oder auch in geringfügiger Beschäftigung. Zudem wurden überdurchschnittlich häufig Beschäftigte ohne formalen Berufsbildungsabschluss arbeitslos. Für sie wird die Überwindung der Arbeitslosigkeit besonders schwer. Denn gleichzeitig beeinflusst die andauernde Krise die

## **Aktionswoche „Soziale Ausgrenzung durch Corona vermeiden“ 2021**

---

Wahrscheinlichkeit einen neuen Job zu finden. Unternehmen stellen weniger ein, ganze Branchen liegen brach.

In der Folge sind immer mehr Menschen immer länger arbeitslos. So erreichte die Langzeitarbeitslosigkeit in Baden-Württemberg ein Langzeithoch. Im April 2021 waren 85.780 Menschen und damit jeder Dritte gemeldete Arbeitslose langzeitarbeitslos, konnten also seit über 12 Monaten keine Beschäftigung finden. Langzeitarbeitslosigkeit droht sich dauerhaft zu verfestigen. Besonders bedrohlich ist die Lage für diejenigen, die bereits vor Corona langzeitarbeitslos waren.

Diese Entwicklung muss Sorge bereiten, denn Langzeitarbeitslosigkeit ist eine der Hauptursachen für Armut, Gesundheitsgefährdung und soziale Exklusion und hat weitreichende Auswirkungen, auch auf die Angehörigen der Betroffenen bspw. Kinder und Jugendliche in den Bedarfsgemeinschaften. Kinder und Jugendliche in Haushalten, in denen die Erwachsenen im Leistungsbezug leben, sind stärker als andere gefährdet, einmal selbst von Grundsicherung leben zu müssen.

Auch auf dem Ausbildungsmarkt zeigen sich die Auswirkungen der Pandemie. Die neu geschlossenen Ausbildungsverträge erreichten im letzten Ausbildungsjahr ein Rekordtief. Auch in diesem Ausbildungsjahr setzt sich dieser Trend fort. Viele Jugendliche bleiben bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz unversorgt. Jugendliche, die bereits vor Corona keine oder nur mit Unterstützung eine Lehrstelle finden konnten, brauchen mehr denn je eine Hilfestellung, um den Übergang von der Schule in den Beruf zu bewerkstelligen. Damit sie nicht dauerhaft zu Verlierer\*innen auf dem Ausbildungsmarkt werden, braucht es strukturelle Änderungen und staatliche Antworten dort, wo der Markt versagt.

Es gilt, dass junge Menschen ein Recht auf Bildung haben, und diese endet nicht mit dem Ende der Schulpflicht. Auch eine betriebliche oder schulische Ausbildung ist ein im wahrsten Sinn existentieller Teil von Bildung. Daher braucht es neben einer Stärkung bewährter Ansätze eine gesetzliche Verankerung einer Ausbildungsgarantie.

### **Gesundheit**

Gesundheit und Armut stehen in einem engen Zusammenhang. Menschen, die von Armut betroffen sind, haben deutlich größere Gesundheitsrisiken und eine kürzere Lebenserwartung als Menschen aus anderen Einkommensschichten. In diesen Zeiten der Pandemie besteht insbesondere für Kinder aus armen Familien ein erhöhtes Gesundheitsrisiko. Benachteiligung und Armut sind häufig verbunden mit schlechteren Bildungschancen. Zwischen Bildungschancen und Gesundheit besteht ebenfalls ein enger Zusammenhang. Benachteiligte Menschen haben teilweise nicht die gleichen Zugangschancen zum Gesundheitswesen. Dies betrifft insbesondere wohnungslose Menschen beziehungsweise Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus oder mit ungeklärtem Versichertenstatus. Für viele benachteiligte Menschen stellen u.a. der Zugang zu Impfungen, Zuzahlungen und Kosten für nicht verschreibungspflichtige Medikamente eine sehr hohe Anforderung und teilweise Überforderung dar. Ihre Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten können im Gesundheitswesen eingeschränkt sein.

Investitionen in Bildungsgerechtigkeit sind z.B. eine Investition. Die Zusammenhänge zeigen Gesundheit und Bildung zeigen, dass das Thema Gesundheit in der Pandemie nicht allein aus der Perspektive des Gesundheitswesens und der Gesundheitspolitik gesehen werden kann. Das Gesundheitswesen könnte noch so gut mit Ressourcen ausgestattet werden. Es wird diese Zusammenhänge zwischen Armut - Bildung - Gesundheit - Benachteiligung nur begrenzt verändern. Im Gegenteil – das Gesundheitswesen und seine Akteure sind häufig Auffangbecken für soziale Nöte von Menschen - sei es Einsamkeit, Arbeitslosigkeit, fehlende Beheimatung oder das Risiko, abgeschoben zu werden. Dies wurde innerhalb der Lockdown-Phasen im vergangenen und diesem Jahr immer wieder deutlich.

### 4. THESENPAPIER

Armut, Ungleichheit und Ausgrenzung gehören auch zu den Merkmalen der reichen Gesellschaften. Dies in Baden-Württemberg, Deutschland, Europa und weltweit. Die Covid 19-Pandemie hat diese Entwicklung noch beschleunigt. Sie sind – neben der gesundheitlichen Krise - zu Merkmalen der Pandemie geworden.

Die Coronakrise betrifft zwar alle, aber sie trifft armutsgefährdete Menschen besonders hart. Die deutliche Zunahme von Armut, eine weitere Verschärfung und Verfestigung prekärer Lebenslagen und sozialer Ausgrenzung drohen zu den Langzeitfolgen der Pandemie für unsere Gesellschaften zu werden. Dies bestätigen einflussreiche Sozialwissenschaftler\*innen, die sich mit den Auswirkungen der Pandemie auf die gesellschaftlichen Verläufe/Verhältnisse beschäftigt haben. Genannt seien stellvertretend Hartmut Rosa, Christoph Butterwegge, Stephan Lessenich und Heinz Bude.

Menschen in Armut sind einem deutlich höheren Infektions- und damit Gesundheitsrisiko ausgesetzt. Denn sie leben und arbeiten häufig in Feldern der gesundheitlichen, sozialen, wirtschaftlichen wie kulturellen Gefährdung. Das Virus schlägt in Bereichen von Enge, Wohnungsnot, sozialen Brennpunkten verstärkt zu. Die Fallzahlen sind überdurchschnittlich, die Krankheitsverläufe schwerer und die Sterbezahlen höher. Die Corona-Pandemie macht nochmals deutlich: Zonen der Armut sind Zonen erhöhter gesundheitlicher Gefährdung. So treffen beispielsweise allzu häufig höhere Lärm- und Luftbelastung auf deutlich weniger Angebote der medizinischen Nahversorgung. Nicht zuletzt zeigt sich das auch daran, dass die Lebenserwartung der von Armut betroffenen deutlich geringer ist als für den Durchschnitt der Bevölkerung.

Menschen in prekären Lebenslagen sind von den Auswirkungen der Pandemie nicht nur gesundheitlich, sondern auch sozial und wirtschaftlich besonders hart betroffen. Die Zugänge zu Infrastruktur, zu Bildung und Kultur, zu Grundversorgung und medizinischer Basisversorgung sind ihnen ohnehin massiv erschwert. Jetzt in der Krise verlieren sozial benachteiligte und ausgegrenzte Menschen den Anschluss häufig völlig. Die Armut verfestigt sich weiter. Da gibt es die Abgehängten, die Ausgegrenzten, die von Zwangssystemen der Bildung betroffenen Akteure. Dies betrifft auch Kinder und Jugendliche, Familien und Freundeskreise wie Nachbarschaften besonders hart. Nach weit über einem Jahr Pandemie - in immer wieder kehrenden Wellen - steigt die Erschöpfung der Menschen mit der Pandemie umzugehen. Seelische und körperliche Krisen nehmen zu. Die Zwänge zur Digitalisierung überfordern ins Unerträgliche und bauen zusätzliche Zugangshürden auf.

Der gesellschaftliche Dialog verkürzt sich auf wenige Themen. Inzidenzzahlen werden Grundlage für soziales Verhalten. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Aktivitäten, in Vereinen, Organisationen und Initiativen brechen zusammen, verschwinden einfach. Auch Initiativen von Menschen in Armutslagen aufrecht zu erhalten, gelingt aus zahlreichen Gründen immer weniger. Es fehlt an Kommunikation, Räumen, an Begegnung und Austausch. Dies führt zu Verlust von Vertrauen in die eigene Zukunft und die Verlässlichkeit der unmittelbaren Umgebung. Zusätzliche Existenzängste und Befürchtungen sind die Folge.

Die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie sind enorm. Sowohl der Verlust regulärer Arbeit als auch der Verlust zahlreicher prekärer bezahlter Arbeit ist bei den von Armut betroffenen besonders augenfällig. Beschäftigungsverhältnisse am unteren Einkommensrand wie Minijobs etc. brechen in der Pandemie weg. In der Statistik der Jobcenter tauchen diese 2 Millionen Jobs nicht auf. Kurzarbeit von Millionen von Menschen ist Alltag.

## Aktionswoche „Soziale Ausgrenzung durch Corona vermeiden“ 2021

---

Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass auf dem Arbeitsmarkt langzeitarbeitslose Menschen die großen Verlierer der Krise sind. Für sie wird es noch schwieriger eine reguläre Beschäftigung zu finden.

### Folgen überwinden und Demokratie stärken

Armut, Ungleichheit und Ausgrenzung haben Auswirkungen auf die politische Beteiligung. Menschen in Armut, in isolierten Quartieren, Menschen in Erwerbslosigkeit reagieren mit Rückzug und Verweigerung. Pandemiebekämpfung ist zunächst eine Bekämpfung der wirtschaftlichen Nöte einer globalisierten Industrie und Dienstleistung. Es verfestigt sich der Eindruck, dass die Bedürfnisse und Interessen der von Armut und prekären Lebensverhältnissen Betroffenen von den politischen Parteien nicht wirksam repräsentiert werden. So schwindet das Vertrauen in das politische System. Bei der Überwindung der Pandemiefolgen muss daher ein besonderes Augenmerk auch auf der Förderung und Stärkung der Beteiligung der von Armut Betroffenen sowie der politischen Bildung legen.

Die beiden Netzwerke der Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg LAK-BW arbeiten seit 2012 aktiv an der Entwicklung und Stärkung der Partizipationsstrukturen für Menschen in Armutslagen. Die jährlichen Aktionswoche „Armut bedroht alle!“ ist dafür ein sehr gutes Beispiel. Den Fortbestand und die Stärkung der demokratischen Gesellschaft in und nach der Pandemie gilt es in Baden-Württemberg zu sichern.

Die Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg fordert aus armutspolitischer Sicht folgende notwendige Maßnahmen in der Krise der Pandemie und im Hinblick auf die gesellschaftlichen Entwicklungen in Baden-Württemberg in den kommenden Jahren:

- Ausbau der Prävention im Bereich Soziales Jugend und Familie, Pflege, Gesundheit (Pandemie, Grundversorgung, Infrastruktur)
- Gesundheit ist ein Menschenrecht und keine Ware: Kostenfreier Zugang aller Menschen zum Gesundheitssystem. Zumindest sofortige Befreiung von Zuzahlungen von Menschen in prekären bzw. vulnerablen Lebenslagen
- Fortschreibung des Armuts- und Reichtumsbericht aus dem Jahr 2015 unter Berücksichtigung der Folgen der Pandemie
- Aufnahme der Themen Menschenrechte, Grundrechte, Zivilgesellschaft und Partizipation in die Landesverfassung
- Gründung eines Menschenrechtsbüros Baden-Württemberg der LAK-BW
- Ausbau der Politischen Bildung für Menschen in prekären Lebenslagen in den Institutionen der Erwachsenenbildung, in der Sozialen Arbeit, beruflichen Bildung, Grundbildung etc.
- Ausbau der digitalen Teilhabe und Förderung des digitalen Kompetenzerwerbs aller Alters- und Sozialschichten der Bevölkerung
- Einrichtung von Ombudsstellen in allen Stadt- und Landkreisen als Anlaufstellen und Vertretung für Menschen in prekären Lebenslagen
- Unabhängige Erwerbslosenberatung in allen Stadt- und Landkreisen
- Förderung eines bezahlbaren sozialen Wohnungsbaus
- Wohnraumsicherung und Bekämpfung von extremer Armut wie Obdachlosigkeit



## Aktionswoche „Soziale Ausgrenzung durch Corona vermeiden“ 2021

---

- Schutz von Minderheiten gegen jede Form der strukturellen Diskriminierung
- Antirassistische Grundpositionen und Förderung von entsprechenden Programmen

### 5. IMPULSE

#### 1. Roland Saurer

Sprecher Landesarmutskonferenz Netzwerk I

Die Wahrheit ist, dass Corona spaltet. Es spaltet die Gesellschaft in mehrfacher Hinsicht. Es führt zu einem Perspektivenzerfall in dieser Gesellschaft. Diese Gesellschaft kennt kein für alle verbindliches Maß mehr. Die moralischen Werte in dieser Gesellschaft bleiben unsicher, prekär und werden nicht mehr zentral vertreten- auch Parteien, Gewerkschaften, Kirchen und Glaubensgemeinschaften zerfallen in ihre Bestandteile; Traditionen brechen zusammen.

Das prekäre Leben wird zum Merkmal eines ganzen neuen Jahrhunderts werden; die Krise der Ökologie, die Krise des permanenten Wachstums ist für jeden spürbar; der Zerfall des Vertrauens zeichnet viele Gesellschaften aus. Auch die unsrige. Bei näherer Betrachtung stehen wir vor der Frage, wie wir die einzelnen Entwicklungen als Landesarmutskonferenz Baden-Württemberg bewerten? Seit Jahren immer derselbe „Eiertanz“ um die Aktionswoche; man glaubt was zu verändern dadurch, doch die Politik und die Machtverhältnisse lehren einen was anderes.

Trotz Projekten und Bemühungen, die Armut zu begrenzen bleiben die Zahlen auch in BW auf der gleichen Höhe, rund 20 % der Bevölkerung bleiben ständig ökonomisch auf unterem Niveau stehen. Sie werden alimentiert durch Tafeln, Kleiderbörsen, MITLEIDSPOLITIK. Die Kindergrundsicherung SOLLTE SCHON LÄNGST GEKOMMEN SEIN. Sie wird versprochen, auch zum Kampagnenjahr in Baden- Württemberg letztes Jahr, Was hat sich konkret getan? Verdammt wenig, die Verhältnisse sind die gleichen geblieben, wer einmal unten ist bleibt unten, der soziale Aufstieg ist vom System verbaut; es gibt erfolgreiche Karrieren, aber auch die Karrieren der Knappheit, der Not, der Vertreibung, des Hungers, der Verliererkarrieren.

Bei Betrachtung der Steigerung des Regelsatzes im Rahmen des Hartz-IV-Systems wird einem schwindelig. 3 € im Monat sollen es ab Januar 2022 mehr sein; angesichts der Inflation und angesichts der Milliarden im System der Wirtschaftsförderung ein Betrag, der einem die Schamröte ins Gesicht treibt. Und das im Zustand der Bildung einer neuen Regierung in Berlin; wo bleiben die Interessen der Haushalte in Armut? Die Koalitionäre haben uns vergessen. Die Nachrichten von der Armutsfront sind nicht gut: die Steigerungen der Kosten des Lebensunterhalts sind enorm, die Preise für Energie, Bildung, Mobilität, für Wohnraum steigen weiter; Immobilienbesitz für Arme – ein Fragezeichen nur! Der Blick auf Berlin könnte Mut machen, auf die Volksbefragung zu den Immobilien.

Wer pandemisch betroffen ist, gehört zumal zu den Verstorbenen, jenen Hunderttausend bei uns, gehört zu den langzeitgeschädigten Patienten, deren Zukunft niemand genau kennt, er gehört und wird zu den Bedrohten gehören, weil die Bedingungen des Alltages am Arbeitsplatz, in der Rente, in den zu engen Wohnungen, in den Rückzugssystemen der Nachbarschaften, in den begrenzten medizinischen Versorgung sich verschlechtern.

Die psychischen Reserven der Leute sind aufgebraucht; Seelische Hilfen kommen in verordneten Wartezeiten daher; wer kein emotionales Zuhause hat, der wird es vergeblich suchen. Unser Jahresthema 2021 heißt „Soziale Ausgrenzung durch Corona vermeiden“, so klang es im Frühjahr noch als diese Gesellschaft glaubte, die Spaltung zu überwinden, jetzt 8 Monate später haben sich die Verhältnisse eher zementiert. Wir sind beherrscht vom Terror der

## Aktionswoche „Soziale Ausgrenzung durch Corona vermeiden“ 2021

---

3 G Regeln, sie sind die neuen Indikatoren der Ausgrenzung; körperlich, psychisch, intellektuell. Die versprochene Herdenimmunität durch Impfung bleibt ein Traum, die Wirklichkeit wird mit einem Zwang zur Impfung enden. Frankreich und Italien machen es bereits vor. Freiheit des wirtschaftlichen Konsums einerseits, aber Angriff auf unsere Körperlichkeit. Also Eingriff in unser Binnensystem der Identität.

Wir erleben einen massiven Boom des digitalen Prozesses; Entschleunigung pur, neuer Kodex ist das digitale System der Kommunikation, wer da nicht mitkommt, ist selbst schuld; wer nicht die Reserven der Finanzierung hat, bleibt zurück. Sein Leben wird zur sozialen Randsache, kommunikativ nicht mehr dabei – also keine Macht der Einflussnahme. Stiller Rückzug, Schweigen zu den Ereignissen des Lebens, zu den Vorgängen im Land. Das ist die bittere Wahrheit dieses Herbstes an ganz vielen Stellen.

Wir reagieren in dieser Woche mit kleinen Ereignissen, in Stuttgart und anderen Orten des Landes. Klein gedruckt zu finden auf unserem Flyer.

### 2. Anne Jeziorski

Delegierte der LAK Baden-Württemberg  
Sozialberaterin in Ludwigsburg und Stuttgart

Das komplexe Thema ist so schwierig wie ihre Umsetzung aus verschiedenen Gründen, wegen fehlender Bodenhaftung einiger Verantwortlichen aus Wirtschaft und Politik.

Einerseits ist die Gesundheit das höchste Gut was der Mensch besitzt. Andererseits spiegelt der Lockdown die Vereinsamung und Orientierungslosigkeit wider, besonders bei Menschen, die ohnehin aus Gründen unterschiedlicher Faktoren psychisch instabil sind.

Einerseits setzen die Langzeitarbeitslosigkeit und die daraus resultierenden Erkrankungen den armutsbetroffenen Menschen weiter zu, andererseits verschärft die Pandemie die Isolation aufgrund der sozialen Kontaktbeschränkungen auch innerhalb der Familienangehörigen. Besonders weil Besuche in den Pflegeheimen und Krankenhäusern untersagt waren. Die Kluft zwischen Verständnis und Unverständnis zwischen den Angehörigen und Helfenden hat einen breiten Riss in der politischen Landschaft hervorgerufen. War die Aufklärung über die Corona Zahlen z.T. für einen Teil der Bevölkerung unverständlich und hat die politische Aufklärung mitunter versagt, weil sie die gesellschaftliche Spaltung hervorgerufen hat?

Wir haben es mit mehreren Feldern gleichzeitig zu tun, die sich merklich in der Wirtschaft, der Finanzwelt, der Bildung und Kultur zeigen. Nicht nur das Wegbrechen der kommunalen Einnahmen der letzten Monate, sondern auch die wachsende Armut nahmen dramatisch weiter an Fahrt zu.

Auf der anderen Seite ist das Privatvermögen auf ein Rekordhoch von 7,1 Billionen Euro in Deutschland angewachsen. Im Gegenzug ist jedes fünfte Kind in BW von Armut betroffen. Dieses Ungleichgewicht trägt maßgebend mit dazu bei, dass die Demokratie gefährdet ist.

Die U 18-jährigen Kinder und Jugendlichen weisen die höchste Armutsgefährdung von 23,7 % in Stuttgart aus. In Baden-Württemberg liegt die durchschnittliche Armutsquote bei 19,1 %, so der SWR 2019.

Die soziale Ausgrenzung beginnt bereits mit der Selbstisolation und der Ausgrenzung von außen, weil die breiten Mittel fehlen, die das soziokulturelle Existenzminimum sichern sollen.

## Aktionswoche „Soziale Ausgrenzung durch Corona vermeiden“ 2021

---

Die Pandemie hat die soziale Schieflage weiter verschärft. Die Ursachen finden wir einerseits in der unaufhaltsamen Preisspirale, die Verbraucherpreise sind um 12,6 % für Energie und Nahrungsmittel gestiegen. Gleichzeitig stieg die Teuerungsrate auf 3,9% so das statistische Bundesamt. Für die Betroffenen, die im SGB II/XII, sowie Menschen die Leistungen nach dem AsylLbg erhalten, Rentner\*innen mit kleinem Geldbeutel oder Familien, die in Schwellenhaushalten leben, bedeutet dies weitere Einschränkungen in ihren Lebensweisen.

Dadurch verschlimmern sich die psychischen Erkrankungen, wie Zunahme von Depressionen und Zunahme von Existenzängsten. Der gesellschaftliche Zusammenhalt geht verloren, weil keine Organisation pandemiebedingt Präsenz zeigen konnte und die Öffnungszeiten der sozialen Einrichtungen geschlossen bzw. weiterhin eingeschränkt sind. In vielen betroffenen Haushalten fehlt es an Onlinemedien, um mit der Außenwelt zu kommunizieren. Die Schulpolitik hat versagt wegen fehlenden technischen Kommunikationsmitteln in den betroffenen Haushalten. Der Präsenzunterricht konnte objektiv nicht stattfinden. Die Politik hat zu spät breite Mittel für die Anschaffung von PCs bereitgestellt, damit die Schulkinder am Onlineunterricht teilnehmen können und sollten.

Die Betroffenen waren gezwungen vor den Sozialgerichten ihre Bildungsansprüche durchzuklagen, was völlig unnötig war. Unverständlich, denn Bildung darf nicht zum Bittstellertum mutieren!

Aufgrund der steigenden Armut wenden sich die betroffenen Menschen vom gesellschaftlichen Geschehen ab und üben ihre Rechte nicht aus. Rechte, die bei der Mitgestaltung eines für sie und für die Gesellschaft sich verändernden politischen und zukunftsweisenden Lebens erforderlich wären und zu einer solidarischen Gemeinschaft führen.

Was muss getan werden?

Wir brauchen eine Kindergrundsicherung die vor Kinderarmut zu schützt. Das gleiche gilt für Bildungschancengleichheit mit dem Ziel, dass Kinderrechte ins Grundgesetz gehören.

Mehr Geld in Familien zu investieren durch Um*fair*teilung des Vermögens wäre der erste Schritt für mehr Gerechtigkeit in diesem Lande.

Ein wesentlicher Aspekt ist die Forderung nach Chancengleichheit auf Bildung und keine Abspeisung mit Almosen in Bildung und Teilhabe. Wir mussten leider die Erfahrung machen, dass die Bettelei um Bildungsgutscheine in den hiesigen Jobcentern und Bundesagenturen zum „Volksport“ gehört.

Das stärkt nicht die Demokratie und sichert auch kein sicheres und gutes Leben.

### 3. Michael Karmann

Sprecher der Landesarmutskonferenz Netzwerk II

#### **Die digitale Transformation fängt bei den Schwächsten an**

Die Digitalisierung erleichtert den Alltag und erhöht in vielerlei Hinsicht die Lebensqualität. Arbeit und Freizeit, Austausch-, Diskussions- und Bildungsformate und die Zugänge dazu werden stärker als bisher digital angeboten. Auch Anträge und Termine bei Ämtern, Behörden oder Ärzten setzen zunehmend digitale Zugänge voraus. Das Gesetz zur Verbesserung des Onlinezugangs zu Verwaltungsleistungen verpflichtet Bund, Länder und Kommunen, bis Ende 2022 ihre Verwaltungsleistungen über Verwaltungsportale digital anzubieten.

Was geschieht aber mit denjenigen die mit dieser Entwicklung nicht Schritt halten können? Aktuell sind bundesweit rund 12 Millionen Bürger\*innen offline. Vielen Menschen fehlen auch die finanziellen Mittel und Kompetenzen zur digitalen Teilhabe. Während in den letzten Jahren, zuletzt verstärkt durch die Corona-Pandemie, gezielte Angebote zur Ermöglichung der Digitalen Teilhabe von Kindern und Jugendlichen, Senior\*innen und Menschen mit Behinderung entwickelt wurden, bleiben Menschen in Armutslagen bisher oft außen vor. Die Corona-Pandemie hat die Teilhabehürden und den Zusammenhang zwischen Armut und digitaler Exklusion erstmalig in einer breiten Öffentlichkeit und Politik sichtbar gemacht. Dabei wurde deutlich, dass die gesellschaftliche Ausgrenzung von in Armut Lebenden zugenommen hat. Die digitale Kluft zwischen denen, die täglich mit digitalen Medien umgehen, und jenen, denen die materiellen und persönlichen Voraussetzungen für die digitale Teilhabe fehlen, wächst.

Vor der Krise konnten in Armut lebende Menschen fehlende digitale Zugangsmöglichkeiten teilweise über persönlichen Kontakt kompensieren. Im Lockdown, bei Kontaktbeschränkungen und Umstellungen in den Zugängen zu den Verwaltungen ist dies nur eingeschränkt oder gar nicht (mehr) möglich. Denn in Armut lebende Menschen haben nur wenig digitale Zugänge. Sechs Prozent der Offliner können sich den Zugang zum Internet nicht leisten oder haben aufgrund von Armut keine entsprechende technische Ausrüstung. Die Beteiligung von Menschen mit Armutserfahrung an politischen, kulturellen und Bildungsangeboten ist erschwert oder verhindert.

### **Von der und digitalen Exklusion besonders betroffen sind:**

- Wohnungslose, denen eine Meldeadresse als Voraussetzung für Verträge mit Telekommunikationsanbietern fehlt, um mindestens eine Erreichbarkeit per Mobiltelefon und E-Mail sicherzustellen.
- Wanderarbeitende ohne Aufenthaltspapiere oder Krankenversicherung sowie diejenigen EU-Staatsangehörigen, die in prekären Arbeitsverhältnissen leben.
- Überschuldete die oft keine neuen Leistungsverträge mit Kommunikationsanbietern abschließen können.
- Kinder und Jugendliche in Familien ohne digitalen Zugang.

Sie alle sind in der digitalen Kommunikation unsichtbar und werden dadurch in Politik und Verwaltung, aber auch in Verbänden häufig übersehen.

### **Handlungsanforderungen zur Stärkung der digitalen Teilhabe**

#### **1. Digitale Grundausstattung für Menschen in besonderen Lebenslagen**

Die Erfolge der Landesprogramme zur Hardware-Ausstattung von Schüler\*innen werden auf Menschen in Wohnungslosigkeit und Überschuldung ausgeweitet. Weiterhin initiiert das Land eine Bundesratsinitiative um direkte Finanzierung der Kosten der technischen Voraussetzungen zur Teilhabe an digitaler Kommunikation im SGB I vorzusehen.

#### **2. Öffentlicher Internetzugang als Teil der Daseinsvorsorge**

In Baden-Württemberg wird flächendeckend ein öffentliches und kostenfreies WLAN als Teil der Daseinsvorsorge gefördert. Der Ausbau erfolgt im Rahmen der Bereitbandförderung des Landes.

#### **3. Digitale Kompetenz stärken**

Im Landesprogramm „Impulse Teilhabeförderung“ werden flächendeckend Bildungsprogramme gefördert, durch die erwachsenen Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten eine grundlegende digitale Kompetenz erwerben können.

#### 4. Digitale Beteiligung ermöglichen

Digitale Veranstaltungsformate zur Selbstorganisation von Menschen mit Armutserfahrung und ihre technischen Voraussetzungen wie Hardware, Software und Datenvolumen werden im Rahmen Landesförderung „Teilhabe von armutsgefährdeten Menschen an Politik und Gesellschaft“ flächendeckend gefördert.

#### 5. Digitale Exklusion in der Armuts- und Sozialberichterstattung

Die landesweite Armuts- und Sozialberichterstattung beforscht die digitale Teilhabe von Menschen in Armutslagen in der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes.

**6. KONTAKT**

18. landesweite Liga-Aktionswoche

**„Soziale Ausgrenzung durch Corona vermeiden“**

18. – 22.10.2021

Auftakt – Pressekonferenz

18.10.2021, 10:00 Uhr

Bürger- und Medienzentrum des Landtags von BW,  
Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart

Als Ansprechpartner stehen Ihnen zur Verfügung:

Roland Saurer

Sprecher der LAK-BW, Netzwerk I  
Netzwerk der Basis- und Betroffeneninitiativen  
Telefon +49 (7422) 21575  
E-Mail: saurerroland@gmail.com

Michael Karmann

Sprecher der LAK-BW, Sprecher Netzwerk II  
Telefon +49 (761) 8974 130  
E-Mail: karmann@caritas-dicv-fr.de